



POLITIK IST SICH UNEINIG ÜBER ATEMSCHUTZWERKSTATT FÜR FEUERWEHREN

Veröffentlicht am 25.02.2020 um 12:36 von Redaktion Stodo.NEWS

Lange mussten die anwesenden Feuerwehrleute warten, bis ihr Hauptaugenmerk in der Bauausschusssitzung vom 24. Februar behandelt wurde.

Nach Beratung der Bürgermeisterin mit der Gemeindewehrführung und dem Ordnungsamt wurde eine Beschlussvorlage für den UBPöS erarbeitet, der besagt, dass jeweils eine Atemschutzwerkstatt für die FF Mori als auch für die FF Stockelsdorf vonnöten seien und dafür jeweils 60.000 Euro in den nächsten Nachtragshaushalt einzuplanen sind.

Das wollte die CDU gern genauer beleuchten und hatte ihrerseits eine Anfrage an den Kreiswehrführer Thorsten Plath gestellt. Dieser hatte für seine Stellungnahme den Fachwart Technik des Kreisfeuerwehrverbandes Ostholstein, der zugleich Schirrmeister der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) in Lensahn ist (die FTZ ist zuständig für das Prüfen und Instandhalten des Atemschutzequipments) hinzugezogen.

So war zu erfahren, dass Atemschutzmasken der Feuerwehr nach Gebrauch (auch Übung) nicht nur gereinigt und desinfiziert werden müssen (macht jeder Wehr selbst), sondern auch einer Funktions- und Dichtigkeitsprüfung unterzogen werden müssen (derzeit besitzt nur die FF Stockelsdorf einen „Prüfkopf“ zur Dichtigkeitsprüfung). Die Werkstatt im neuen Feuerwehrhaus im Bohnrader Weg wäre nach Plath's Einschätzungen dafür ausreichend. Der Maskenbestand für Stockelsdorf wäre so angelegt, dass auch nach einer Großschadenslage eine weitere Einsatzbereitschaft gegeben wäre.

Die CDU sah keine Veranlassung, diese Einschätzung anzuzweifeln und stellte deshalb den Antrag, nur das neue Feuerwehrhaus mit einer Atemschutzwerkstatt auszustatten.

Die Bürgermeisterin führte an, dass es am 25. Dezember 2019 die Situation gegeben hätte, dass keine ausreichenden Masken mehr vorhanden waren und wies auf das angespannte Verhältnis zwischen den beiden Wehren Stockelsdorf und Mori hin. Aus diesen Gründen glaube sie nicht, dass es mit nur einer Atemschutzwerkstatt in Stockelsdorf funktionieren würde und plädierte dafür, beide damit auszustatten. Wenn die jetzige Atemschutzwerkstatt bei der FF Mori nicht mehr betrieben werden könne, weil sie in die Jahre gekommen ist, müssten auch diese Masken in neuen Feuerwehrhaus gereinigt werden.

Auch der Gemeindewehrführer, die FDP, die SPD und die Feuerwehr Mori, der Rederecht eingeräumt wurde, teilten die Einschätzung des Kreiswehrführers nicht. Der Gemeindewehrführer sprach davon, dass die Atemschutzwerkstatt für den Bohnrader Weg hätte größer geplant werden müssen, wenn Mori keine bekäme, wobei auch der jetzige Raum im Schulweg dafür zu klein ist und bauliche Maßnahmen nötig wären. Hauptsächlich wurden Zweifel daran geäußert, dass die hohe Anzahl an Atemschutzgerätemasken in kürzester Zeit wieder zur Verfügung stehen können, wenn es nur die eine Atemschutzwerkstatt im Bohnrader Weg gäbe, immerhin muss die Arbeit in der Freizeit erledigt werden, denn es sind alles nur Ehrenamtler, die damit betraut sind. Das Argument für eine Modernisierung der Werkstatt im Schulweg bei der FF Mori, dass nicht gewährleistet sein kann, dass die Masken zu jeder Zeit im neuen Feuerwehrhaus abgegeben werden könnten, konnte entkräftet werden, denn laut Ortswehrführer der FF Stockelsdorf wurde für diese Werkstatt ein Übergaberaum geplant, in dem die Wehren zu jeder Tages- und Nachtzeit ihr Equipment abliefern können.

Trotz aller Gegenargumente wurde schlussendlich der Antrag, nur das neue Feuerwehrhaus im Bohnrader Weg mit einer Atemschutzwerkstatt auszustatten, mit neun Stimmen befürwortet.

Weitere Tagesordnungspunkte

In dieser Sitzung wurde den Politikern und anwesenden Dorfvorständen erläutert, wie das Entwicklungskonzept für die Dörfer vonstatten gehen wird und was für Auswirkung auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Dorfschaften es haben könnte.

Einen weiterer Tagesordnungspunkt sah den Vortrag über „Bauen mit Holz“ vom Architekten Norbert Hochgürtel vor, konkret in Hinsicht auf die zukünftigen Schulerweiterungen im Zusammenhang mit der dauerhaften Einrichtung von Mensen an den Grundschulen. Dieser Vortrag diente dazu, die Gemeindevertreter in die Lage zu versetzen, entscheiden zu können, ob eine Holzbauweise unter Berücksichtigung der Mehrkosten angewendet werden kann und sollte oder Massivbauweise zu bevorzugen ist.

Ferner galt es darüber abzustimmen, ob die Gemeinde die Stellungnahme zum Thema Windenergie an das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein abschicken sollte oder nicht. In dieser Stellungnahme geht es um das Gebiet mittig zwischen Curau, Dissau, Argrade, Klein Parin und Pohnsdorf. Es beträgt nur noch 15,3 ha, nach Maßgabe des Landes könnten hier drei Windräder gebaut werden. Stockelsdorf hält die Ausweisung dieses Vorranggebietes "weder für planerisch noch rechtlich vertretbar" und versucht damit beim Ministerium Gehör zu finden. Fast alle Gemeindevertreter im Bauausschuss waren dafür, diese Stellungnahme abzuschicken.